

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Mittw. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 10.

56. Jahrgang.
Sonntag, den 23. Januar

1909.

Der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II.

wird in diesem Jahre in herkömmlicher Weise gefeiert werden.
Dienstag, den 26. Januar 1909, abends 6 Uhr: Zapfenstechen.
Mittwoch, den 27. Januar 1909, früh 6 1/2 Uhr: Bedruf, ausgeführt von der hiesigen Stadtkapelle.
Die städtischen Gebäude werden besetzt.
Die hiesige Einwohnerschaft wird ersucht, auch ihrerseits zu einer würdigen Feier des Tages nach Kräften beizutragen.
Mittwoch nachmittags 1 1/2 Uhr findet im oberen Saale des Rathaushotels ein Festmahl statt. Preis des Gedeckes 3 Mark.
Die Kaiserlichen und Königlichen Behörden, sowie die Bewohner von Eibenstock und Umgegend werden zu diesem Festmahl ergebenst eingeladen.
Anmeldungen hierzu sind bis zum 25. dieses Monats bei Herrn Hotelier Schimmel zu bewirken.

Stadttrat Eibenstock, den 18. Januar 1909.

Hesse.

Müller.

Hundsteuer.

Nach dem Kostengesetz vom 30. April 1906 für die Behörden der inneren Verwaltung

sind neben der Hundsteuer noch — **Mk. 30 Pfg.** Gebühren für jede Hundsteuer-
marke zu bezahlen.

Diese Gebühren werden von 1909 ab mit erhoben.

Stadttrat Eibenstock, den 19. Januar 1909.
Hesse.

Hg.

Die für das Jahr 1909 erbetenen **Verschuldscheine** für das Königl. Staatsforstrevier
Eibenstock können an Ratsstelle — Polizeiregistratur — abgeholt werden.
Eibenstock, den 20. Januar 1909.

Der Rat der Stadt.
Hesse.

L.

Die Hundebesitzer hiesigen Ortes werden hiermit veranlaßt, die Hundsteuer — 5 Mk.
für jeden Hund und 30 Pfg. Gebühr für die Steuerkarte — auf das Jahr 1909 bei Ver-
meidung des Zwangsvollstreckungsverfahrens **bis zum 10. Februar 1909** an die hiesige
Steuerentnahme abzuführen.

Der Gemeinderat zu Schönheide.

Eine bedeutsame Kanzlerrede.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Reichs-
kanzler Fürst Bülow wieder eine politisch bedeutungs-
volle Rede gehalten, in der er, ausgehend von der preu-
sischen Finanzlage, die politische Lage erörterte. Er
nahm zunächst das von allen Vordnern erörterte The-
ma Sparsamkeit auf und wiederholte die von ihm schon
im Reichstage betonte Notwendigkeit der Rückkehr zur
altgewohnten Sparsamkeit, doch dürfe nicht auf Kosten
der Schlagfertigkeit und des Friedens des Landes ge-
spart werden. Uebergehend zur finanziellen Misere,
sprach er die Ansicht aus, daß daran auch die Parla-
mente Schuld hätten, und knüpfte daran unter leb-
hafter Zustimmung die Mahnung an die Abgeordneten,
aufzuhören, immer auf neue Ausgaben zu drängen,
nur um sich bei den Wählern lieb zu machen.
In ruhigen, aber eindringlichen Worten wandte sich
dann Fürst Bülow gegen die Abneigung gegen die
Einführung einer Nachlasssteuer, die für die Durch-
führung der Reichsfinanzreform unerlässlich sei. Er
richtete deshalb an die Rechte des Hauses und an die
Vertreter der Landwirtschaft im Hause sowie an die
Landwirte im Lande draußen die Bitte, der dira
necessitas Rechnung zu tragen.

Zur Beamtenfrage übergehend, erklärte Fürst Bü-
low, daß er Beamte, welche sich zur Sozialdemokratie
bekennen sollten, niemals dulden werde. Im Anschluß
daran verbreitete er sich dann über die Stellung der
politischen Beamten, die verpflichtet wären, die vom
Kaiser gebilligte Politik der Staatsregierung zu ver-
treten. Ferner ging der Kanzler auf die Besprechungen
über das im „Daily Telegraph“ enthaltene Kaiser-
telegramm ausführlich ein. Pflicht des verfassungsrecht-
lich verantwortlichen Reichskanzlers und Ministerprä-
sidenten sei es, den Träger der Krone zu decken. Die-
ser Verpflichtung habe er sich niemals entzogen. In
dieser Ueberzeugung lasse er sich nicht irre machen,
auch nicht durch einfältige oder perfide Zeitungsartikel,
durch Klatsch und Lamentation. In dieser seiner
Pflichterfüllung werde er nicht erlahmen, so lange er
die Verantwortung trage für die Geschäfte des Landes.
Die Liebe zum Vaterlande, die Treue zum Königshaus
wiesen ihm den Weg vor, den er zu gehen habe.

Zum Schluß wandte sich Fürst Bülow gegen den
mehrfach erhobenen Vorwurf, daß er nicht energischer
gegen die Sozialdemokratie vorgehe. Er sei sich seiner
Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie wohl bewußt,
müsse aber doch daran erinnern, daß es nicht an ge-
seggeberischen Versuchen gefehlt habe, die Auswüchse
der Sozialdemokratie zu bekämpfen; diese Versuche seien
aber nicht an der Regierung, sondern an der Uneinig-
keit der bürgerlichen Parteien gescheitert. Uebrigens
sei das Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege und mit
polizeilichen Mitteln auch kein Allheilmittel. Worauf
es ankomme, sei, daß alle diejenigen, die nicht wün-
schen, daß die Sozialdemokratie unsere bürgerliche Ge-
sellschaftsordnung stürzt, dafür sorgen, daß die Re-
gierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unter-
stützt wird. „Dazu gehört auch“, so schloß Fürst Bü-
low, „daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in
ihrer Kritik, und daß sie nicht durch eine übertriebene
Kritik die Autorität schwächen, die sie doch stärken müs-
ten. Ihre giftigsten Pfeile, ihre schärfsten Waffen be-
zieht die Sozialdemokratie aus den Köchern der bür-
gerlichen Presse, aus den Arsenalen der bürgerlichen

Parteien. Die Kritik darf nicht so weit gehen, daß die
Achtung vor der Regierung, die Ehrfurcht, die Treue
vor dem Throne dadurch erschüttert wird. Ich scheue
mich aber nicht, es auszusprechen, daß in dieser Rich-
tung in den letzten Jahrzehnten furchtbar gesündigt
worden ist. Man hat keinen Anstand genommen, auch
Vorurteilen, Leidenschaften und Irrtümern Rechnung
zu tragen. Man hat oft gesagt, Revolutionen werden
von oben gemacht. Sicher ist: die Welt hat noch keine
Revolution gesehen, bei der die Massen nicht von oben
und unten in Bewegung gesetzt wurden. Man mag an
die große französische Revolution denken, zu der in
hohem Maße die Genußsucht, die Frivolität der oberen
Kreise beigetragen haben. Ich weiß aber wohl, daß keine
Parallele möglich ist zwischen unseren Zuständen und
den Zuständen vor der französischen Revolution. Aber
lernen sollen wir aus der Geschichte. Wir sollen in
allen Kreisen und an allen Stellen stark, bescheiden,
einfach und tüchtig bleiben. Dann werden die Söhne
behaupten, was die Väter erworben haben. — Leb-
hafter Beifall folgte dieser bedeutungsvollen Kanzler-
rede, die sicherlich einen nachhaltigen Eindruck im gan-
zen Lande hinterlassen wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser wohnte am
Donnerstag einer Besichtigung von Rekruten des 1. Gar-
deregiments in Potsdam im Exerzierhaus, dem soge-
nannten „Langen Stall“, bei, deren Beschluß ein
Parademarsch bildete. Der oberste Kriegsherr entsprach
sobald einer Einladung des Offizierkorps zum Früh-
stück und lehrte nachmittags um 2 Uhr nach Berlin
zurück, wo derselbe noch mehrere Audienzen erteilte.
— Die Ankunftsbesuche des englischen Königs paares
in Berlin dürfte am Dienstag den neunten Februar,
in den Mittagsstunden erfolgen. Für die Festsetzung
und Einhaltung des definitiven Programms wird na-
türlich die Bitterung von großem Einfluß sein. Bleibt
der gegenwärtig in Berlin herrschende Nebel, dann
wird überhaupt nicht viel zu sehen sein. Am Mitt-
woch war es stockdunkel, gestern Donnerstag nur
wenig besser.

— Staatssekretär Dernburg hielt am
Donnerstag abend im großen Sitzungssaale des Reichs-
tages seinen angekündigten Kolonial-Vortrag über die
Entwicklung unserer Schutzgebiete, in dem er seine Hoff-
nung von einem günstigen Vorwärts-Gehen der ver-
schiedenen industriellen und landwirtschaftlichen Unter-
nehmungen mit den bekannten Tatsachen belegte. Der
Diamantenhandel in Deutsch-Südwest-Afrika findet im-
mer größere Beachtung, so daß ernste Absichten auf
die Errichtung eines Diamanten-Syndikats bestehen.
Herr Dernburg ist aber kein Freund eines solchen Mo-
nopols und er hat damit vollständig Recht.

— Mit dem an den Folgen des neulich erlittenen
Schlaganfalles verstorbenen Grafen Hompesch
ist der älteste Reichstagsabgeordnete gestorben. Er ge-
hörte auch schon dem norddeutschen Reichstage an. Seit
1870 vertrat er ununterbrochen den Wahlkreis Dören-
züllich. Außer dem soeben verstorbenen Zentrum-Mit-
gliede lebt nur noch ein einziger Volksvertreter, der
schon dem norddeutschen Reichstage angehörte, der Ab-
geordnete Bebel.

— Ueber die Frage, wann das neue 25-
Pfennig-Stück in den Verkehr gelangen

wird, erfährt die „Post“, daß vor Sommer dieses
Jahres eine Ausgabe der neuen Münzen nicht zu er-
warten ist. Nach der Entscheidung, welcher Entwurf zur
Ausführung kommen soll, wird zunächst im Reichs-
schatzamt ein Entwurf ausgearbeitet, der sich auf die
Beichaffenheit der Münze und ihre künstlerische Aus-
gestaltung bezieht. Diese Vorlage geht dann an den
Bundesrat, der sich vielleicht im Februar oder März
mit ihr befaßt und eine entsprechende Entscheidung
treffen wird. Da nun nach der Beschlussfassung des
Bundesrats noch eine geraume Zeit vergehen wird,
bevor die Herstellung der Stempel u. vollendet ist,
so wird man nicht vor Sommer mit der Inkurssetzung
der 25 Pfennig-Stücke rechnen können.

— Oesterreich-Ungarn. Die Regierung
brachte die Vorlage über die Errichtung einer ita-
lienischen Rechtsfakultät in Wien ein. Daß die
Fakultät nicht in Triest errichtet wird, begründet
die Regierung mit dem starken Einschlag slowenischer
Bevölkerung dort und im Küstenlande, was zu neuen
Reibungen und Kämpfen zwischen italienischen und
slowenischen Studenten führen müßte. Auch habe sich der
Reichsrat bereits mit großer Mehrheit gegen die Errich-
tung der Fakultät in Triest ausgesprochen.

Kunmehr soll auch die tschechische Agita-
tion in Niederösterreich energisch betrieben
werden. Die Tschechen planen auch in Niederösterreich
das in Deutschböhmen durch die Schwäche der Re-
gierung mit Erfolg praktizierte Mittel des Schulstreikes
anzuwenden. Eine große tschechische Versammlung
nahm kürzlich eine Resolution zugunsten des Schul-
streiks an. Die Bestrebungen der Tschechen werden
auch in Niederösterreich von den Sozialdemokraten un-
terstützt.

England. In Halifax hat der englische
Kriegsminister Salbanc eine Rede über Verminde-
rung der Rüstungen gehalten, in der er ausführte,
Großbritannien habe die Führung übernommen in
dem Bestreben, die Ausgaben für Rüstungen zu ver-
mindern. Mit der Zeit würden die Nationen aner-
kennen, daß die gewaltigen Ausgaben im Interesse des
Friedens und sozialer Reformen wohl herabgesetzt
werden könnten; solange aber die Nationen nicht zu dieser
Erkenntnis gekommen seien, sei es unzulässig, die Vor-
bereitungen zur Verteidigung des Landes zu vernach-
lässigen.

— Persien. Aus Petersburg wird eine schwere
Niederlage der persischen Revolutionäre gemeldet;
ihre Hochburg Tabris ist gefallen. Den Truppen des Schahs
soll es endlich gelungen sein, die Revolutionäre zu besiegen
und Tabris einzunehmen. Massenhinrichtungen finden dort
im Namen des Schahs statt. Viele Bewohner fliehen über
die russische Grenze, wo viel russisches Militär bereit steht,
um einzuschreiten, sobald Europäer angegriffen werden oder
das Blutvergießen um sich greifen sollte.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Eine Internationale Volks-
kunst-Ausstellung ist am 20. Januar in Berlin, Wob-
straße 32, eröffnet worden. Die Ausstellung soll, wie bereits
von uns erwähnt, soweit wie möglich die Volkskunst in ihrer
geschichtlichen Entwicklung vorführen und feststellen, was
von dem Schatz überkommener Formen und künstlerischen
Empfindens alter Zeit sich in die Gegenwart gerettet hat.
Auch von Sachsen aus ward die Ausstellung in bedeutsamer
Weise besichtigt. Unser Eibenstock mit seiner früheren und
jetzigen Textilindustrie ist dabei würdig vertreten.